

Zeitung

Verantwortlicher Jahrgang.

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 3.00 Mark, vierteljährlich
9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Um
amtl. Zeitungsverzeichnis unter
Sonder-Zustellung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Halle,
T. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Anzeigepreise:

Die 4 Spalten 14 mm breite
Mittelzeile oder deren Raum
30 Pf. und Restzeilen 40 Pf. An-
zeigen nehmen an unserer Ge-
schäftsstelle u. sämtlichen Anzeigen-
geschäften. Erstausgabe: 6 alle,
Erstausgabe täglich 2 mal, Son-
tags und Montags 1 mal.
Schließung um 5 Uhr. Son-
tags: 10 Uhr. Halle, Neue Drom-
straße 1a, Dr. Braunsstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 2.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6008

Nr. 14.

Halle, Freitag, den 9. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Die Ministerszusammenkunft in Paris. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen.

Paris, 9. Jan. (Savas.) Lloyd George,
Ritt und Clemenceau hatten gestern ihre erste
Zusammenkunft. Mit dem auf das Inkrafttreten des
Friedensvertrages folgenden Tage, also Sonntag, werden
die diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland
wieder aufgenommen werden. De Marcilly wird nach
Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsträger
vertreten wird und Freiherr von Verrier wird zweifel-
los Poincaré sein Beglaubigungsschreiben mitbringen.

Weitere Pariser Abkommen.

Das Inkrafttreten des Friedens- vertrages.

Paris, 9. Jan. (Savas.) In der Kom-
mission der alliierten und deutschen Sachverständigen
unter Vorsitz von General Verand scheint ein Abkommen
über die Einzelheiten des Inkrafttretens des Friedens-
vertrages zustande gekommen zu sein. Die Grundzüge
werden schriftlich niedergelegt und dem Obersten Rat
unterbreitet werden, der sich Freitag vormittag unter
dem Vorsitz Clemenceaus versammelt. Es ist wahr-
scheinlich, daß Lloyd George England und Ritt Italien
in dieser Sitzung des Obersten Rates vertreten werden.
Clemenceau, Lloyd George und Ritt werden außerdem
Sprechungen mit den Delegierten der Vereinigten
Staaten abhalten, als Fortsetzung der in London be-
nommenen über die Fragen von Fiume, der Adria und
der Türkei.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden.

Paris, 9. Jan. (Savas.) Der Austausch
der Ratifikationsurkunden wird am 10. Januar im Mi-
nisterium des Aeußeren stattfinden. Zugleich wird
Freiherr von Verrier ein Schreiben Clemenceaus
wegen des abzugebenden schwimmenden Materials
übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den
Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben,
werden der Unterzeichnung des Protokolls beiwohnen.

Immer noch zweifelhaft.

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Trotz
der Meldung der Savasagentur, daß der Frieden am
10. Januar in Kraft treten werde, ist man in hiesigen
unparteiischen Kreisen sehr skeptisch darüber, ob es mög-
lich sein werde, diesen Termin einzuhalten. Von deut-
scher Seite liegen natürlich keine Schwierigkeiten vor,
da eine Vertagung erforderlich machen würden. Aber
in der Entente erscheint es fast täglich zum Ausdruck,
daß im Schilde der Alliierten selbst Differenzen vor-
handen sind und die gegnerischen Regierungen auf das
Inkrafttreten des Friedens nicht vorbereitet sind. Wenn
eine Genfer Meldung nun behauptet, daß der Frieden
nicht ratifiziert würde, solange nicht die oder jene Per-
son befreit ist, die in Deutschland Vertreter der Entente
verhaftet habe, so ist eine solche Behauptung wohl gelegent-
lich in Berlin gefallen, dagegen niemals in Paris, wo
eine derartige Auffassung niemals zutage trat.

Die Ansprüche der Entente.

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Eine
Vorrede dafür, wie die Entente die deutsche Bitte, bei
der Wahrung der Abstimmsangelegenheiten die schärfste Zi-
sanz des Reiches zu berücksichtigen, zu erfüllen, be-
absichtigt, haben die geradezu ungeheuren Anforderungen,
die in einzelnen Abstimmsangelegenheiten an Unter-
bringungsräumen gemacht werden. Der Verwaltungsrat
ausblicks Allenstein z. B. beansprucht für die Unter-
bringung 4 Einzelhäuser, 10 Wohnungen, eine große
Küche, 4 Zimmer, zwei Kabinen, ferner das Reagenzien-
gebäude, die Dienstwohnung des Regimentspräsidenten
und für Bureauzwecke 20 Räume. Für Marienwerder
werden 4 Einzelhäuser, 9 Wohnungen, 60 Zimmer, zwei
Kabinen für Wohnzwecke, 23 Kabinen, 5 Garagen, sowie
Dienstwohnung und das Gebäude des Regimentspräsi-
dents beansprucht. In jedem Landrat treten zunächst
zwei Ententeschlichter und sechs Mann Einquartierung.
In beiden Städten ist die Wohnungsnot derartig, daß
sie nicht imstande sind, die obigen Forderungen zu er-
füllen.

Verhinderung des Verlagerungsstreiks.

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Im
Verlagerungsstreik ist die Zahl der Anständigen heute
erheblich gestiegen. Das Schreiben der Arbeitgeber an
den Arbeitsminister, in dem bestimmte Bedingungen
für die Abmahnung von Verhandlungen aufgestellt sind,
ist dem Zentralverband erst heute vormittag zuge-
gangen. Der Vorstand wird sofort dazu Stellung neh-
men und dem Minister seine Entschlossenheit mitteilen.
Nach unserer Information ist es wahrscheinlich, daß auch

der Zentralverband auf ein Mitschimmungsrecht, das
über die im Arbeitsgesetz vorgesehene Rechte der
Arbeitgeber hinausgeht, verzichtet wird.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks im Westen.

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Meldungen, die heute aus Westfalen vorliegen,
lauten dahin, daß der Streik der Eisenbahner eine Aus-
dehnung erfahren hat. So haben die Eisenbahner
von Groß-Duisburg gestreikt, abend in einer Veramun-
gung beschlossen, heute früh in den Streik zu treten. Die
Kostensarbeiten sollen jedoch durchgeführt werden.

Berliner Beurteilung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Sage im Eisenbahnerstreik ist nach wie vor unverändert.
Mit Erfolg besteht bis zur Stunde keine Drahtver-
bindung, doch scheint der Streik dort seinen alten Um-
fang zu haben. Im Direktionsbezirk Essen ist der Streik
auf die Verhältnisse übergegangen. Die Hauptver-
stärkten Witten, Spandorf und Dortmund
ruhigen. Der Betrieb selbst ist in Essen sehr wenig be-
troffen, und es ist besonders hervorzuheben, daß die
Stimmung der Beamenschaft im Essener Bezirk gut ist.

Offizieller anstelle des wilden Streiks?

Berlin, 9. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Vorfälle der Eisenbahnerverbände (Deutscher Eisenbahnerver-
band, Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Allge-
meiner Eisenbahnerverband) haben heute abend be-
schlossen, morgen früh die Streikleitung in die Hand zu
nehmen. Bisher handelte es sich um einen wilden
Streik. Offiziell ist der Streik noch nicht von den Vor-
ständen oder Verbänden proklamiert worden. Wenn es
sich bestätigt, daß die Eisenbahner einen Stunden-
lohn von 8,50 Mk. gemährt erhalten, werden die Gewerk-
schaftsverbände die Mitglieder auffordern, die Arbeit
wieder aufzunehmen.

Der Fall der Frau Dornb'ist.

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber
die Angelegenheit Dornb'ist und die deutschen Erlangen-
sche hat, wie wir wissen, Dastorf den Präsidenten der
Friedenskommission Clemenceau bereits Vortrag gehalten,
und letzterer hat erklärt, daß ihm die ärztlichen Akten;
und die sonstigen Unterlagen vorgelegt werden sollen, wobei er
ferner seine Vermutung aussprach, daß die Angelegen-
heit erst jetzt zur Sprache gebracht würde. Dies wurde
von deutscher Seite mit der Bemerkung beantwortet, daß
man die Genesung der Verletzten abwarten, um auf Grund
normaler Feststellungen andere Ansprüche zu stellen und
begründen zu können.

Heimische Mundart in den Schulen.

Berlin, 9. Jan. Der Minister für Wissen-
schaft, Kunst und Volksbildung legt nach der „D. Allgem.
Ztg.“ in einem Erlass vom 17. Dezember 1919 Wert dar-
auf, daß auch in den Schulen die heimische Mundart die
sich gebührende Berücksichtigung findet. Besonders wird
den Schülern im niederdeutschen Sprachgebiet die
Kenntnis des Plattdeutschen zu vertieft haben. Auch
die in Preußen noch stark vertretene mitteldeutsche
Mundart sei derselben Pflege würdig wie das Platt-
deutsche.

Eine tschechische Nationalkirche?

Beschlüsse des tschechischen Klerus.

Prag, 9. Januar. Den Blättern zufolge tagte
gestern hier eine Versammlung des tschechischen Klerus, die
einerseits war, um eine Entscheidung darüber herbeizufüh-
ren, ob die tschechische Geistlichkeit ihre Reformbestrebungen
im Sinne des tschechischen Nationalismus innerhalb der
römischen Kirche fortsetzen oder sich außerhalb der römischen
Kirche stellen solle. Das Ergebnis der Auseinandersetzung
und der Abstimmung war, daß sich 140 Versammlungsteil-
nehmer für die Austragung des tschechischen
Klerus von der römischen Kirche und für Be-
gründung einer tschechischen Nationalkirche und 66 Mitglieder
der dagegen aussprachen.

Die Heimkehr aus Frankreich.

Berlin, 9. Januar. Ueber die Heimkehr unserer
Kriegesgefangenen aus Frankreich wird verschiedene Blät-
tern mitgeteilt, daß die Entente versprochen habe, täglich
6000 Kriegesgefangene abtransportieren. Im
ganzen wurden etwa 450 000 in Frankreich befindliche
Kriegesgefangene zurückerwartet. Unter der Voraussetzung,
daß die Heimkehrung fließend von Watten geht, könne damit ge-
rechnet werden, daß bis Ende April alle Kriegsgefangenen
abgeholt sein würden. Abnahmestellen sind in Flan-
dern, Flandern, Würzburg, Worms und Appenweier er-
richtet.

Kann Deutschland ohne Sozial- demokratie regiert werden?

Von einem süddeutschen Minister.

Nach dem Zusammenbruch wandten sich die Hoff-
nungen von Millionen Deutschen der Sozialdemokratie
zu. Nachdem sich die Siegridemokratie Ludendorffs
als verhängnisvoll erwiesen hatte, suchte man das Heil
auf der entgegengesetzten politischen Seite. Die Sozial-
demokratie aber hat nach Ablauf eines Jahres viele
enttäuscht. Sie hat die Verordnungen, die sie machte,
aus Frieden, Brot und Arbeit zu bringen, nicht er-
füllen können. Am guten Willen der sozialdemokrati-
schen Führer wird niemand zweifeln. Aber sie hatten
mit Widerständen zu rechnen, die größer waren, als sie
dachten. Was die Aufrichtung einer neuen Ordnung
in unserem unglücklichen Vaterlande am meisten er-
schwererte, war natürlich die Politik der Sieger, die rück-
sichtlos und grausamer war, als irgendjemand er-
wartet hatte. Gingen sie doch vielfach über das Maß
dessen hinaus, was — um von ihren schönen Ver-
sprechungen ganz zu schweigen — sogar ihren eigenen
Interessen ungenutzbar entziehen haben würde.
Andere Widerstände aber lagen auch beim deutschen
Volke und bei der Anhängerschaft der Sozialdemokratie
selbst. Die letztere zeigte sich der gewaltigen und
schwierigen Aufgabe, die ihr zufiel, nicht gewachsen. Die
Arbeiter machten vielfach, aus der Revolution eine Sozjal-
bewegung, was heißt, aus der Sache des Staates eine
Sache des Eigenen. Zur Entschuldigendung wird freilich
daran erinnert werden, daß der alte Obrigkeitsstaat
gerade den Sozialdemokraten auch möglichst jede Ge-
legenheit abgenommen hatte, sich politisches Urteil und
Erfahrung anzueignen. Kurzzeit mehrten sich die An-
gelegenheiten dafür, daß innerhalb der Arbeiterarbeit große
Belohnungen eintrug und die Autorität der Arbeiter-
führer im Wachsen begriffen ist.

Es gab aber auch Widerstände für die Neuordnung
im Bürgerium. Und diese Widerstände scheinen leider
eher im Wachsen als im Abnehmen begriffen zu sein.
Auch unter deutschen Bürgerium war ja politisch durch-
aus nicht etwa reif und mündig. Wie kritisch hatte
es sich von den Drahtziehern unserer unmöglichen Sie-
griedemokratie durch den Krieg hindurchschleppen lassen,
um den Abgrund, an den wir hingeführt wurden, erst
zu merken, als wir hineingestürzt waren. Wie kurz-
sichtig hatte dieses Bürgerium sich vielfach an den ver-
hängnisvollen politischen Vorforderungen der sozialisti-
schen Arbeiterarbeit beteiligt. Und jetzt scheint es, als
wolle dieses Bürgerium seinen alten Fehler womöglich
noch überleben. Als wollte es trotz der furchtbaren
Lehre der letzten Jahre sich dennoch wieder leidenschaftlich
blinden Chauvinisten in die Arme werfen und die
alte Sammelpolitik gegenüber der Sozialdemokratie
wieder herstellen. Psychologisch begrifflich ist diese
Stimmung. Sie liegt fast ausnahmslos auf der Oberfläche
unserer politischen Erlebnisse. Die Sozialdemokratie, so
folgt diese kurzfristige Logik, hat unsere Erwartungen
nicht erfüllt. Folglich verändern wir es einmal
wieder mit den entgegengesetzten politischen Richtungen.
Es wird dabei der Sozialdemokratie einfach alles in die
Scheibe geschoben, was das letzte Jahr an Bitternissen
und Enttäuschungen gebracht hat. Man sieht nicht, wie
viele andere Ursachen dazu mitgewirkt haben. Man
sieht auch nicht, was die Rolle der Sozialdemokratie
politisch geleistet worden ist: als die Gefahr des Volksver-
wundens, die Gefahr des Staatsbankrotts, die Gefahr der
Zerstückelung Deutschlands von uns abgewehrt
wurde. Man nimmt das schon mehr oder weniger als
selbstverständlich hin. Man sieht vor allem auch nicht
den Falten im eigenen Auge, das rücksichtslos gegen-
arbeiten selbst gegen die vernünftigen Ziele der augen-
blicklichen Regierung. Man sieht nicht, was die Unter-
grabung der neuen Regierungsaufsicht an katastro-
phalen Folgen des verlorenen Krieges, mit der selbst-
verständlich auch eine nationalpolitische Reaktion zu rechnen
haben würde. Man gibt sich in weiten bürgerlichen
Kreisen Gedankenlos den holdsten Illusionen hin über
das, was eine andere Regierung leisten würde, die sich
wieder auf den Boden der bürgerlichen Sammelpolitik
gegen die Sozialdemokratie stellte.

In Wahrheit ist doch eine solche Politik im künftigen
Deutschland eine völlige Unmöglichkeit. Sie würde so-
fort scheitern an dem geschlossenen Widerstreben der ge-
samten deutschen Arbeiterkraft. Und die letzten Monate
sollten doch uns allen dafür die Augen geöffnet haben,
was für eine furchtbare Waffe der Streik in der Hand
einer entschlossenen Arbeiterkraft sein kann. Jeder
Verlust, die Sozialdemokratie politisch wieder auszu-
schalten, würde uns in die lebensgefährliche inner-
liche Krise führen. Selbst wenn wir die Arme, die wir ver-

